



GEMEINDERAT

Allschwil

**Attraktives
Wohnen, Leben
und Arbeiten
zwischen City und
Naherholungsgebiet**

STAND JUNI 2012

Strategische Entwicklungs-
und Massnahmenplanung 2009 – 2014

Geschäft Nr. 3821/A

1

Allschwil vertritt seine Interessen engagiert in trinationalen, kantonalen und interkommunalen Gremien. Damit stellt sich die Gemeinde wirkungsvoll und zielorientiert künftigen Herausforderungen. Neue Aufgabenstellungen und Leistungen werden nach Möglichkeit in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit anderen Unternehmungen und Organisationen des privaten und öffentlichen Rechts erbracht.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
Allschwil nimmt seine Zukunftsverantwortung wahr. Alle Entscheide und Massnahmen sind auf ein langfristiges, wirtschaftliches, ökologisches und gesellschaftliches Handeln ausgerichtet.	1. Grosse Projekte werden gemäss den drei Zieldimensionen der Nachhaltigkeit – wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Verantwortung und gesellschaftliche Solidarität - und nach der "Methodik der Nachhaltigkeitsbeurteilung (NHB)" abgeschätzt und bewertet.	Die Projekte werden nach den vorgegebenen Kriterien umgesetzt. Eingebunden ist auch die politische Konsensfindung. Massnahmen: Die Methodik soll kontinuierlich verbessert werden. Beispiele: Projekt «Unser neues Schulhaus», Kindergärten.
Allschwil vertritt seine Interessen wirkungsvoll. Aufgaben regionaler und interkommunaler Ausstrahlung werden regional und interkommunal angegangen und gelöst.	2. Allschwil strebt die direkte personelle Vertretung in wichtigen trinationalen, kantonalen und interkommunalen Gremien an.	Die unkomplizierten, freundschaftlichen Kontakte zu allen Nachbargemeinden inkl. Kantone werden zum Nutzen der gemeindegrenzüberschreitenden Zusammenarbeit gepflegt. Das Engagement in den trinationalen Gremien fokussiert der Gemeinderat weiterhin auf Aktivitäten im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB). Beispiele: Parkraumbewirtschaftung, Gewerdeparkkarte. Teilnahme am runden Tisch Muttenz 2009, Einsitz in AG der Agglomerationsgemeinden sowie bikantonale AG Gewerdeparkkarte im 2010/2011.
	3. Die Zusammenarbeit mit kantonalen und interkommunalen öffentlichen und privaten Leistungserbringern erfolgt auf der Basis von Leistungsvereinbarungen.	Wird bereits so umgesetzt; Vereinbarungen werden bereits wieder erneuert. Vorbereitungen von KESB, Asylwesen, Leistungsvereinbarungen.

	4. In Ergänzung zum Verband Baselbieter Gemeinden (VBLG) gibt Allschwil zu kantonalen Vorlagen selbstständige Vernehmlassungen ab.	Es ist üblich, dass Allschwil zu jeder Vernehmlassung oder Anhörung, die konkrete Auswirkungen auf Allschwil hat, eine eigene Vernehmlassungsantwort verfasst.
Aktuelle und zukünftige öffentliche Aufgaben werden auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüft.	5. Allschwil sucht mit den Nachbargemeinden, den Gemeinden des Leimentals sowie mit der Stadt Basel die Zusammenarbeit zur effizienten und kostengünstigen Erfüllung öffentlicher Aufgaben.	Allschwil sucht stets aktiv nach Lösungen mit anderen Gemeinden. Siehe dazu folgende Beispiele: <ul style="list-style-type: none"> • KESB Leimental • Zusammenarbeit Spitex Allschwil-Schönenbuch mit Binningen. • Die Zusammenarbeit mit Binningen im Bereich Zivilschutz wird angestrebt. • Die Zusammenarbeit mit Schönenbuch im Bereich Feuerwehr wurde geprüft, kam aber nicht zustande. • Die Regionalisierung des Schiesswesens wurde mit umliegenden Gemeinden geprüft, aber kam nicht zustande. • Die Regionalisierung des Bevölkerungsschutzes mit Schönenbuch trat per 01.01.2009 in Kraft.
	6. Soweit erfolgsversprechend führt Allschwil mit anderen Gemeinden "Benchmarks" durch und überprüft dabei die Wirtschaftlichkeit der erbrachten Leistungen.	Regelmässige Benchmarks finden im Werkhof und in den Sozialen Diensten statt. Zusätzlich erfolgte ein Benchmark in der IT mit diversen Unterbaselbieter Gemeinden; durchgeführt von der FHNW. Aktuell läuft ein Benchmark im Personalbereich, wobei die Rekrutierungsprozesse überprüft wurden. Die Auswertung und Ergebnisse sind noch ausstehend. Für das Jahr 2011 wurde erneut ein Benchmarking zum Thema Werkhöfe unter Beteiligung von 10 Gemeinden durchgeführt. Es wurden die Leistungen im Bereich Strassenwesen, Grünanlagen, Friedhof, Wasserversorgung und Umwelt verglichen.

	<p>7. Möglichkeiten für ein Out- oder Insourcing für die Leistungserbringung resp. den Leistungseinkauf werden geprüft.</p>	<p>Der Gemeinderat hat im Rahmen der personellen Fluktuation im Januar 2010 ein Outsourcing der Friedhofsleistungen überprüft. Mit GRB Nr. 76.10 hat der Gemeinderat entschieden, den Unterhalt des Friedhofs weiterhin mit eigenem Personal auszuführen. Die Verwaltung von hinterlegten Geldern zur Grabpflege wurde 2009/2010 an die Stiftung «Pro Luminare» ausgelagert.</p>
	<p>8. Der Gemeinderat trifft sich zweimal jährlich zu einem halbtägigen Strategieseminar. Themenkreise bilden vorab der Stand und die Weiterentwicklung der Gemeinde-Strategie, die Leistungssteuerung sowie die Finanzen.</p>	<p>Im November 2009 hat sich der Gemeinderat mit dem Kader zu einem eintägigen Seminar mit den Themen Projektmanagement und Immobilienstrategie getroffen. 2010 lagen die Schwerpunkte in der Schulraumplanung inkl. weitere strategischen Immobilienmassnahmen, im Thema Restaurant Mühle, dem Wegmatten-Areal sowie der Analyse des Zwischenstandes und der Weiterentwicklung der Gemeindestrategie. Die Seminare – weg vom Alltagsgeschäft – sind immer wieder konstruktiv und innovativ.</p>

2

Allschwil ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort, der dem Gewerbe günstige Rahmenbedingungen bietet. Dadurch werden die Schaffung von neuen und der Erhalt von bestehenden Arbeitsplätzen gefördert. Die Gemeinde unterstützt die Ansiedlung von neuen sowie die Weiterentwicklung von ansässigen Unternehmen mit hoher Wertschöpfung.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
Allschwil betreibt ein effizientes Standortmarketing. Die bestehenden Institutionen sind aktiv in die Promotion einbezogen.	1. Die Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung steht in regelmässigem Kontakt mit der kantonalen Wirtschaftsförderung, der Wirtschaftsförderung beider Basel (BaselArea) und dem Verein KMU Allschwil/Schönenbuch.	Im Jahr 2012 hat ausnahmsweise erst ein Treffen der Arbeitsgruppe Wifö stattgefunden. Die Kontakte zwischen Vertretern aus Wirtschaft und Politik werden während des Jahres gepflegt und aktiv genutzt. Dieser Gedanken- und Erfahrungsaustausch wirkt sich sehr positiv auf die Zusammenarbeit aus.
	2. Zusammen mit dem Verein KMU Allschwil/Schönenbuch führt Allschwil regelmässig ein Unternehmer-Treffen durch.	Beim Unternehmertreff im Juni 2012 war die Gemeinde Allschwil Gastgeber. Gleichzeitig vergab Allschwil den dritten Unternehmerpreis an das Unternehmen Jörgen Zäune. Der Preis ist mit CHF 5'000 dotiert. Der Unternehmertreff fand in den Gimmick-Studios Allschwil statt.

	3. Allschwil vermittelt zwischen Unternehmen und den zuständigen Ansprechpartnern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung.	In den letzten Jahren wurden zahlreiche Anfragen betreffend Gewerbeflächen bearbeitet. Die Kontakte zu BaselArea, Bereich Liegenschaftsvermittlung, wurden dadurch intensiviert. Des Weiteren erreichten uns diverse Anfragen zum Thema Standortevaluation Allschwil. Mit dem Instrument «Firmenmonitoring» via easy monitoring sind wir wöchentlich auf dem aktuellsten Wissensstand über Neueintragungen, Zuzüge etc. Das Versenden der Willkommensbriefe an die neuen Firmen in Allschwil ermöglicht einen frühen ersten Kontakt, der im Laufe der Zeit intensiviert werden kann. Eine weitere Massnahme beinhaltet die Teilnahme seitens Gemeinde an Informationsveranstaltungen zu Themen aus der Wirtschaft und Politik (z.B. BAK Basel). Zusätzlich sucht die Gemeindeverwalterin das Gespräch mit Unternehmensleitungen und vermittelt wo notwendig interne oder externe Fachpersonen.
	4. Die Zusammenarbeit mit Metrobasel wird weiterentwickelt. Mindestens ein gemeinsamer Anlass (FORUM) soll in Allschwil stattfinden.	Im Jahr 2011 hat der Anlass Metrobasel Leimental Forum in Allschwil stattgefunden. Die Entwicklungen beim Verein metrobasel haben dazu geführt, dass die Leimentaler Gemeinden per Ende 2012 die Mitgliedschaft gekündigt hat.
Die mit dem neuen Zonenplan Siedlung angestrebte Entwicklung der Gewerbegebiete "i-parc" und "Ziegeleiareal" wird umgesetzt.	5. Nutzungs- und Umstrukturierungspotenziale, aktuelle Projekte sowie Entwicklungsabsichten der einzelnen Unternehmungen und Grundeigentümer werden von der Verwaltung zentral erfasst und in geeigneter Form (Internet / AG Wifö etc.) allgemein zugänglich kommuniziert.	Der Bereich Wirtschaftsförderung nimmt telefonische Anfragen zum Thema Geschäftsimmobilien entgegen und vermittelt zwischen Angebots- und Nachfrageseite sowie BaselArea. Es besteht zudem eine gute Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung HBR, der internen AG Wifö oder es wird auf die Website mit den Immobilienangeboten verwiesen. Eine Projektentwicklung ist stets von privaten Investoren abhängig (z.B. Bricks-Areal).

3

Allschwil fördert mit seiner Informations- und Kommunikationspolitik extern wie intern Transparenz, Vertrauen, Verständnis und den Dialog. Dadurch wird das öffentliche Interesse am Meinungsbildungsprozess begünstigt.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
<p>In Projekten von grösserer Tragweite wird der Dialog mit den relevanten Anspruchsgruppen aktiv gesucht.</p>	<p>1. Den Einwohnerinnen und Einwohnern wird die Gelegenheit geboten, ihre Meinung im offenen Dialog direkt und persönlich einzubringen.</p>	<p>Die Sprechstunde des Gemeindepräsidenten steht allen Einwohnerinnen und Einwohnern offen. In der Rubrik «Kontakt» können auf der Gemeindeforum Website Anregungen/Anfragen/Kritik an die Gemeinde gerichtet werden – die Mails werden an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Auf der Gemeindeforum Website besteht die Möglichkeit, in Blogs seine Meinung zu vorgegebenen Themen zu äussern.</p> <p>Im Tiefbaubereich werden bei Strassenbauprojekten oder Kanalsanierungen, welche finanzielle Auswirkungen auf die privaten Anstösser haben, die Einwohnerinnen und Einwohner mittels Grundeigentümergebäudeversammlungen frühzeitig informiert und die Gelegenheit geboten, sich zu äussern.</p> <p>Wird beispielsweise im Projekt «Unser neues Schulhaus» umgesetzt.</p> <p>Weitere Beispiele: - Freiraumkonzept - Kulturhaus - Projektentwicklung Wegmatten</p>
	<p>2. Projekte von grösserer Tragweite werden im Rahmen von öffentlichen Podien und Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert.</p>	<p>Beim Projekt Kreisel Baslerstrasse/Grabenring wurde die Bevölkerung im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung über das Projekt informiert.</p> <p>Wird umgesetzt, z.B. «Unser neues Schulhaus», Zonenrevision Landschaft oder Energieapéro.</p>

	3. Allschwil gestaltet den Kontakt zur Bevölkerung und zu den Firmen so bürgernah und unbürokratisch wie möglich.	Der Allservice verfügt über attraktive Öffnungszeiten (insbesondere montags). Die Bevölkerung und Firmen werden via Internet und AWB laufend über aktuelle Geschehnisse informiert. Zudem sind die jeweiligen konkreten Kontaktpersonen auf der Gemeinewebsite leicht auffindig zu machen und direkt ansprechbar.
	4. Die Interessen der Gemeinde werden themenbezogen mit den amtierenden Allschwiler Landrätinnen und Landräten besprochen und abgestimmt.	Ende März 2012 fand ein informeller Gedankenaustausch mit den Allschwiler Mitgliedern des Landrates statt. Die Themen werden oft bilateral zwischen Gemeindebehörden und den Mitgliedern des Landrates besprochen. Die Landrätinnen/ Landräte werden über die Haltung der Gemeinde informiert (z.B. Vernehmlassungen).
Allschwil lebt eine zeitgerechte, transparente und aktive Informationspolitik.	5. Die Öffentlichkeit wird wöchentlich aktuell, bevölkerungsnah und mediengerecht informiert.	Mit dem neuen Internetauftritt wird rasch und aktuell informiert. Wichtige Mitteilungen gehen dazu über den Medienverteiler an die lokalen und regionalen Medien. Wöchentlich wird das AWB mit Informationen aus dem Gemeinderat und amtliche Publikationen versorgt.
	6. Die Bevölkerung kennt das Dienstleistungsangebot der Behörden und der Verwaltung.	Sämtliche Dienstleistungen der Behörden und Verwaltung sind im Infokalender und auf der Gemeinewebsite aufgelistet (Rubrik «was, wie, wo?»). Anhand der Anfragen/Mitteilungen ist eine Zunahme des Bekanntheitsgrades erkennbar.
	7. Das Handbuch «Information – Kommunikation – Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Allschwil» wird konsequent umgesetzt und aktualisiert.	Die im Handbuch definierten Richtlinien werden im Alltagsgeschäft befolgt.
Allschwil führt eine Homepage, auf der die Bevölkerung und Firmen jene Informationen finden, die regelmässig benötigt oder gesucht werden.	8. Die Homepage www.allschwil.ch wurde überarbeitet. Der bisherige Informationsgehalt wird übernommen, die Aufteilung ist sinnvoll gegliedert und mit einer leistungsstarken Suchfunktion ergänzt.	Der Informationsgehalt wurde ausgebaut, die Gliederung der Website entspricht den Vorgaben von www.ch.ch . Mit der Suchfunktion kommt man rasch ans Ziel.

	9. Der Internetauftritt wird den steigenden Ansprüchen von Bevölkerung, Politik und Wirtschaft angepasst.	Den zunehmenden Ansprüchen wird Rechnung getragen: Seit dem Relaunch wurde ein Blog aufgeschaltet, das Reservationssystem und die Übersetzung wichtiger Seiten ins Englisch konnte vollzogen werden.
	10. Sobald der gesetzliche Rahmen geschaffen ist, werden e-Formulare und e-Briefverkehr mit digitaler Unterschrift auf der Homepage angeboten.	Seit Mai 2010 ist eine vom Bund (SECO) empfohlene digitale Signatur für Personen («suisseID») verfügbar. Noch gibt es kaum Angebote, bei der diese digitale Signatur eingesetzt werden kann. Entsprechend gering ist die Nachfrage in der Bevölkerung. Allschwil sollte weiterhin abwarten. Noch ist unklar, ob sich dieser Standard durchsetzen wird.
Der interne Informationsfluss ermöglicht der Verwaltung die effiziente und speditive Erledigung ihrer Aufgaben.	11. Die Mitarbeitenden werden regelmässig per Mail, Intranet, All-Info, Team-Sitzungen, HAL-Sitzungen etc. über politische, personelle und fachliche Belange informiert.	Die Hauptabteilungsleiter/in (HAL) vertreten ihre Sachgebiete an den Gemeinderatssitzungen. Wöchentlich finden HAL-Sitzungen statt. In den HA finden interne Teambesprechungen statt. Die Mitarbeitenden werden via E-Mail, AllInfo und Intranet sowie an den Personalinfoanlässen informiert.
	12. Für den Informationsfluss untereinander sind alle Beteiligten verantwortlich.	Die Instrumente dafür stehen jedem MA zur Verfügung.

4

Allschwil verfügt über die entsprechenden Mittel, um die notwendigen Aufgaben und Investitionen im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner zu erfüllen. Die Finanzpolitik von Allschwil ist nachhaltig und sorgt damit für Stabilität. Dadurch wird das Wirtschaftswachstum begünstigt und die Beschäftigung, die Wohlfahrt sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
Die Finanzstrukturen von Allschwil sind gesund und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet.	1. Mindestens ausgeglichene Laufende Rechnung (ohne Buchgewinne).	In den Jahren 2008 bis 2011 wurden jeweils Mehrerträge von CHF 2.5 Mio., 0.7 Mio., 1.4 Mio. und 3.6 Mio. erreicht und ausgewiesen. Für die Jahre 2012 und 2013 hingegen wurden Defizite von CHF 0.7 Mio. und 1.2 Mio. veranschlagt. Ausblick: Bei einem unveränderten Steuerfuss von 58% sieht der Finanzplan (2013 – 2017) für 2014 und die folgenden Jahre weitere Budget-Defizite vor.
	2. Selbstfinanzierungsgrad ohne Spezialfinanzierung inkl. Buchgewinne durchschnittlich 2009-2014 ≥ 100 Prozent.	Gemäss Finanzplan 2013 – 2017 beläuft sich die Selbstfinanzierung bis 2013 kumuliert auf rund 100%. Ab 2014 und den Investitionen in das neue Schulhaus wird sich die Quote markant reduzieren.
	3. Der Nettoaufwand ohne Finanzen wächst maximal im Rahmen der Teuerung (ohne Berücksichtigung einer allfälligen Entlastung durch Finanzausgleich).	Der Nettoaufwand der effektiven Rechnungen 2008 – 2011 unterlag starken Schwankungen (42.2 Mio., 44.9 Mio., 38.3 Mio., 41.7 Mio.). Für die Jahre 2012 und 2013 wird mit weit über der Teuerung liegenden Anstiegen gerechnet (2012: CHF 46.6 Mio., 2013: 49.1 Mio.).
	4. Aufbau von Eigenkapital bis 2014 auf CHF 6 Mio.	Der beabsichtigte Aufbau von Eigenkapital auf CHF 6.0 Mio. wurde per 31.12.2009 erreicht. Per 31.12.2011 betrug das Eigenkapital CHF 11.2 Mio. Gemäss Finanzplan wird das Eigenkapital im Jahr 2014 voraussichtlich rund CHF 6 Mio. betragen.

	5. Steuerfuss maximal 58 Prozent. Wenn Steuererhöhungen, dann nur zweckgebundene und befristete.	Eine Steuererhöhung ist vorläufig nicht geplant.
Eine Neuverschuldung wird vermieden.	6. Nettoinvestitionen (ohne Spezialfinanzierung) \leq 3.5 Mio. werden mit ordentlichen Abschreibungen +/- ordentlichem Ergebnis Laufende Rechnung (ohne Buchgewinne, etc.) finanziert.	Diese Vorgabe dürfte bis 2013 eingehalten werden. Aufgrund des grossen Investitionsbedarfs im Bereich Kindergärten werden die Investitionen 2014 nicht nur durch Abschreibungen und ordentliches Ergebnis finanziert werden können.
	7. Nettoinvestitionen (ohne Spezialfinanzierung) \geq 3.5 Mio. nur mit ausserordentlicher Finanzierung (Entlastung durch Finanzausgleich FAG, realisierten Buchgewinnen, Vorfinanzierungen).	Als Projekt mit Nettoinvestitionen > 3.5 Mio. steht nur der Bau des neuen Schulhauses an. Die konkrete Finanzierung dieses Projektes ist noch zu definieren.
	8. Nettoschuld pro Einwohner (steuerfinanzierter Bereich) < CHF 1750.	Per 31.12.2011 betrug die Nettoschuld CHF 88 pro Einwohner. Gemäss Finanzplan 2013 – 2017 wird die Nettoschuld per 31.12.2014 CHF 1'672 pro Einwohner betragen und in den darauf folgenden Jahren weiter ansteigen.
	9. Investitionen erfolgen gezielt aufgrund einheitlicher Priorisierung.	Die seit dem Budget 2009 eingeführte Bewertungsmethodik für Investitionen wurde beibehalten und für die Budgets 2013 – 2017 angewandt.
	10. Entwicklung einer Immobilienstrategie für das Finanzvermögen.	Der Gemeinderat definierte im Dezember 2009 Leitsätze zur Immobilienstrategie und in den Grundsätzen für die einzelnen überbauten Grundstücke das weitere Vorgehen. Zudem wurde ein Raster für die generelle Beurteilung von Immobilien als verbindlich erklärt. Die Landwirtschaftsparzellen wurden auf dieser Basis beurteilt. Nachdem die Immobilienstrategie festgelegt wurde, werden seither die Liegenschaften sowie Bauland- und Landwirtschaftsparzellen bewirtschaftet und teilweise veräussert.

	11. Alternative Finanzierungen (Veräusserungen von Finanzvermögen, etc.) sind unter Berücksichtigung gesamtheitlicher Aspekte zu prüfen.	<p>Verschiedene alternative Finanzierungen wurden diskutiert und stehen teilweise in Bearbeitung oder sind bereits umgesetzt (z.B. Veräusserung Beteiligung BBA AG und Abtretung Darlehen). Anlässlich des Strategieseminars 2010 wurden im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten «Unser neues Schulhaus» weitere konkrete Finanzierungsquellen aufgezeigt und besprochen.</p> <p>Verschiedene Devestitionen sind bereits oder werden demnächst umgesetzt. Zudem ist auch eine grössere Devestition (Bettenacker) für 2016 geplant. Für die vollständige Finanzierung des Projektes «Unser neues Schulhaus» sind aber noch weitere Massnahmen notwendig, welche zusammen mit dem neuen HAL FIN evaluiert werden sollten.</p>
Die mittel- und langfristige Entwicklung der Steuereinnahmen wird rechtzeitig erkannt und fliesst in die Strategie des Gemeinderates ein.	12. Analyse der Steuererträge der Natürlichen und Juristischen Personen auf der Basis der NEST-Steuerdaten von Allschwil.	Die aufgrund eines Datenexports aus dem NEST erstellten Auswertungen und Analysen der Steuerstruktur der Natürlichen und Juristischen Personen wurden am 27.10.2010 dem Einwohnerrat präsentiert.
	13. Aufbau und Pflege des Kontakts und des Informationsaustausches mit den wichtigsten Firmen.	<p>Für die Ermittlung der Steuerabgrenzung 2008 und 2009 wurden alle Juristischen Personen mit einem Steuerertrag von CHF > 50'000 schriftlich um Bekanntgabe der geschätzten Ergebnisse gebeten. Bedingt durch die Schweigepflicht (Insiderinformationen), geben aber die börsenkodierten Firmen diesbezüglich meistens keine Information bekannt.</p> <p>Der Kontakt zu den Juristischen Personen wird weiterhin gepflegt. Letztmals wurden diese im Winter 2012 im Zusammenhang mit der Steuerabgrenzung für das Jahr 2011 angegangen.</p>

	14. Pflege des Kontakts und der Zusammenarbeit mit der Kantonalen Steuerverwaltung im Bereich Unternehmenssteuern.	Der HAL FIN pflegt einen regelmässigen Kontakt mit der kantonalen Steuerverwaltung BL. Auch allfällige Steuererleichterungsgesuche werden in enger Zusammenarbeit und Absprache vorbereitet und beantragt.
Der aktuelle Zustand der Wasserversorgungs-Infrastruktur bleibt gewährleistet. Im Planungshorizont von 10 Jahren wird eine gesunde Finanzlage erreicht.	15. Mehrerträge Laufende Rechnung	Die Spezialfinanzierung Wasserversorgung wies 2008 noch ein Mehraufwand von TCHF 57 aus. 2009 betrug der Mehrertrag TCHF 113. Für 2010 konnte ein Ertragsüberschuss von TCHF 456 ausgewiesen werden. 2011 betrug der Mehrertrag TCHF 669, für 2012 und 2013 sind Mehrerträge von CHF 398 und 416 geplant, ab 2014 wird mit Mehrerträgen von jährlich > TCHF 900 gerechnet.
	16. Selbstfinanzierung Ø 2009-2020 > 100 Prozent.	Für die Periode 2013 – 2017 beträgt der Selbstfinanzierungsgrad kumuliert rund 95%.
	17. Schuldenabbau bis 2020 auf mindestens 50 Prozent des Verwaltungsvermögens.	Gemäss Finanzplan 2013 – 2017 beträgt das Verwaltungsvermögen per Ende 2017 rund CHF 8.6 Mio. und das Eigenkapital CHF 5.6 Mio. Die Vorgabe der 50 Prozent-Quote sollte bereits ab 2015 eingehalten sein.
	18. Aufbau von EK von CHF 3 Mio. bis 2020.	Das Eigenkapital (EK) sollte Ende 2015 CHF 3.8 Mio betragen und anschliessend kontinuierlich zunehmen.
In der Abwasserbeseitigung bleibt der aktuelle Zustand der Infrastruktur gewährleistet.	19. Abbau des Eigenkapitals bis 2020 \geq CHF 3 Mio. und \geq 50 Prozent des Verwaltungsvermögens.	Das Eigenkapital wird erst ab 2015 abgebaut. Das Verwaltungsvermögen steigt von 2009 bis 2015 von Null auf knapp CHF 4.5 Mio. an. Die Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung wird bis auf weiteres ein Nettovermögen aufweisen (EK > Verwaltungsvermögen). Gemäss Finanzplan 2013 – 2017 wird das Verwaltungsvermögen Ende 2017 CHF 6.6 Mio. und das Eigenkapital CHF 6.1 Mio. betragen.
	20. Cash Flow ab 2015 > CHF 0.	Gemäss Finanzplan 2013 – 2017 wird der Cash Flow bis 2016 positiv sein, für 2017 wird ein Cash Flow von TCHF -47 prognostiziert.

Mittelfristig ausgeglichene Rechnung mit stabilen Gebühren in der Abfallbeseitigung.	21. Ausgeglichene Laufende Rechnung	Zum Abbau des hohen Eigenkapitals von CHF 1 Mio. per 31.12.2009 wurden mit dem Budget 2011 die Sackgebühren gesenkt und ein Defizit budgetiert. 2011 und 2012 wurden noch Ertragsüberschüsse von TCHF 123 und TCHF 49 erzielt resp. budgetiert. Der Finanzplan 2013 – 2017 sieht für die folgenden Jahre Mehraufwände in Höhe von rund TCHF -20 bis -80 vor. Das Eigenkapital soll gemäss Finanzplan per Ende 2017 immer noch TCHF 1'059 betragen.
	22. Selbstfinanzierung mittel- und langfristig $\geq 100\%$.	Der Selbstfinanzierungsgrad liegt unter 100%. Es sind nur minimale Investitionen von kumuliert TCHF 200 bis Ende 2017 geplant. Das Verwaltungsvermögen wird dannzumal TCHF 323 betragen, verglichen zum Eigenkapital von TCHF 1'059.
	23. Eigenkapital beträgt mind. CHF 0.1 Mio., maximal CHF 0.3 Mio.	Das Eigenkapital wird auch per Ende 2017 trotz weiterer Reduktion der Gebühren noch auf über CHF 1 Mio. liegen.
Entwicklung einer für alle Stufen aussagekräftigen und zeitnahen Kosten-/Leistungsrechnung, welche die Controlling- und Entscheidungsprozesse mit betriebswirtschaftlichen Informationen unterstützen	24. Analyse der bestehenden Kosten-/Leistungsrechnung unter Einbezug der bisherigen Erfahrungen.	Mittels verschiedener Arbeitspapiere und der Vorlage an den Einwohnerrat «KLR – Wie weiter?» sowie während der Initialisierungsphase wurden die bestehende Kosten-/Leistungsrechnung sowie die bisherigen Erfahrungen analysiert. Aufgrund einer umfassenden Problemanalyse wurden die Verbesserungsansätze eruiert.
	25. Entwicklung einer auf den Informationsbedarf stufengerechten Kosten-/Leistungsrechnung unter Berücksichtigung des harmonisierten Rechnungsmoduls 2 (HRM 2).	Mit der Initialisierung des Projekts und aufgrund des Projektfortschritts wird diese Massnahme erfolgreich umgesetzt. Der Abschluss des Projekts und die Einführung der neuen Kosten-/Leistungsrechnung ist für den 01.01.2014 vorgesehen.
	26. Eliminierung der redundanten Zeiterfassung.	Mit der Einführung des neuen Release von INOVA im 2010 ist dieses Ziel erfüllt.

<p>Frühzeitiges Erkennen der Auswirkungen von NRM 2 und aktive Umsetzung.</p>	<p>27. Rechtzeitige, aktive Informationsbeschaffung.</p>	<p>Durch die Teilnahme an verschiedenen Informationsveranstaltungen und die Mitarbeit des HAL Finanzen - Steuern in der kantonalen Arbeitsgruppe «Revision der Gemeindefinanzverordnung» ist der aktive Informationsaustausch bestens gewährleistet. Die Einführung von HRM2 ist auf den 01.01.2014 vorgesehen. Eine Teilnahme an den Informationsveranstaltungen findet laufend statt.</p>
	<p>28. Kontaktpflege und Informationsaustausch mit externen Fachstellen, Gemeinden und Statistischem Amt.</p>	<p>Mit der Vertretung durch den HAL FIN im Vorstand des Verbandes der Verantwortlichen für Gemeindefinanzen und Gemeindesteuern des Kantons BL sowie der Leitung der Erfahrungsgruppe ABACUS BL wurde der angestrebte Informationsaustausch sichergestellt und aktiv gelebt. Mit dem Weggang des bisherigen HAL FIN entstand diesbezüglich eine Lücke, welcher sein Nachfolger zu schliessen haben wird.</p>

5

Mit einer breit abgestützten und koordinierten Zonenplanung sorgt Allschwil für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer intakten Landschaft. Allschwil pflegt und unterhält ein attraktives Naherholungsgebiet. Den Ansprüchen des Naturschutzes wird Rechnung getragen.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
Der Zonenplan Landschaft ist umgesetzt und die Öffentlichkeit darauf sensibilisiert. Das Bundes- und Kantonsrecht ist in den Zonenplan einbezogen.	1. Im Rahmen des Landschaftsentwicklungskonzepts (LEK) werden strategische Ziele definiert.	Erledigt: Der Einwohnerrat hat am 24. März 2010 das LEK zur Kenntnis genommen.
	2. Zonenplan-Vorschriften werden festgelegt.	Die Zonen-Vorschriften wurden im Einwohnerrat Ende Mai 2012 zur Beratung zugestellt. Die Geschäftsbehandlung erfolgt in der ER-Sitzung Dezember 2012.
	3. Die im Erholungskonzept aufgeführten Massnahmen werden ins LEK integriert.	Erledigt.
Die gefährdete Amphibienpopulation wird durch geeignete Massnahmen geschützt.	4. Der Grubenendgestaltungsplan Ziegelei wird umgesetzt.	Die Grubenendgestaltung wird parallel zur fortschreitenden Überbauung des Ziegeleiareals vereinbarungsgemäss umgesetzt. Die Gestaltung wird durch die privaten Investoren vorgenommen und das Land anschliessend in Etappen an die Gemeinde abgetreten. Die Bepflanzung erfolgt durch die Gemeinde. Per Ende 2012 sind bis auf ein kleines Teilstück beim geologischen Denkmal alle Flächen an die Gemeinde abgetreten.

	5. Die Vernetzungsachsen (insbesondere Trittsteinbiotop «Läubern») werden realisiert.	Der Kanton beabsichtigte die Ausführung der letzten Etappe des Trittsteinbiotops im 2009/2010. Allerdings wurde gegen das Projekt Einsprache erhoben. Die Gemeinde unterbreitete dem Kanton in der Folge einen Lösungsvorschlag, mit welchem sich der Einsprecher und der Grundeigentümer (EBM) einverstanden erklären konnten. Das Trittsteinbiotop auf der «Läubern» wurde in der Folge im Jahre 2011 erfolgreich umgesetzt. Ausstehend ist noch der Korridor zwischen dem «Täli» und dem Trittsteinbiotop «Läubern». Der Zeitpunkt der Umsetzung, welche in der Zuständigkeit des Kantons liegt, ist noch unbekannt.
--	---	---

6

Allschwil ist für sämtliche Verkehrsteilnehmer gut in das übergeordnete Verkehrsnetz eingebunden. Der Modal Split (Verkehrsmittelwahl) erfolgt zu Gunsten des Öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs. Das Dorf soll durch die Südumfahrung vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Die Einwohner werden vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs (Lärm, Abgase) geschützt. Ein gutes Verkehrskonzept ermöglicht dem Gewerbe eine ungehinderte Entwicklung.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
<p>Die Benutzung des Öffentlichen Verkehrs (ÖV) wird durch eine optimale Erschliessung des Siedlungsgebiets und der idealen Vernetzung mit dem Regio-Verkehr noch attraktiver.</p>	<p>1. Neue Buslinien via Oberwil und via Biel-Benken ins Leimental werden eingesetzt.</p>	<p>Per Ende 2009 hat die Buslinie 64 zwischen Arlesheim/Dornach via Oberwil und dem Bachgrabengebiet den Betrieb aufgenommen. Im 2010 führte die Linie aufgrund der noch nicht vollendeten Strassenarbeiten im Ziegeleiareal via Ofenstrasse/Herrenweg zur Endhaltestelle der Tramlinie 8 und von dort zum Jumbo-Kreisel. Seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2010 wird die definitive Route durch die Überbauungen des Ziegeleiareals via Brennerstrasse zum Jumbo-Kreisel befahren. Eine neue Buslinie via Biel-Benken ins Leimental ist bis auf weiteres nicht vorgesehen.</p>
	<p>2. Verbesserung des ÖV-Angebots im Gewerbegebiet Bachgraben.</p>	<p>Seit Ende 2009 verkehren im Gewerbegebiet Bachgraben neben der Linie Nr. 38/31 neu die Linien 48 und 64. Ab Dezember 2012 soll zudem noch die französische Buslinie 608 in das Bachgrabengebiet verlängert werden.</p>

	<p>3. Anschluss einer Buslinie direkt an den Bahnhof SBB.</p>	<p>Mit der Einführung der Buslinie 48 Ende 2009 werden das Bachgrabengebiet sowie die Gebiete entlang der Streckenabschnitte Baslerstrasse (Grabenring bis Kirche) und Parkallee an den Bahnhof SBB angebunden. Allerdings verkehrt diese Linie nur zu den Stosszeiten von Montag bis Freitag. Die Linie befindet sich im zweijährigen Probebetrieb. Bei den verschiedenen Möglichkeiten zur Fahrplanvernehmlassung hat der Gemeinderat stets den ganztägigen Betrieb der Buslinie gefordert. Mit dem 7. Generellen Leistungsauftrag, welcher ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2013 umgesetzt wird, wird nun ein ganztägiger Betrieb von Montag bis Samstag (ohne Sonntag) in Aussicht gestellt.</p>
	<p>4. Einführung eines koordinierten Nachtangebotes an den Wochenenden.</p>	<p>Diese Massnahme ist mit der Einführung des TNW-Nachtnetzes umgesetzt. In den Nächten Fr/Sa und Sa/So fährt die Linie N23 jeweils um 01.30 und 02.30 Uhr von der Innenstadt nach Allschwil Dorf. Zudem fährt die Linie N21 um 01.30, 02.30 und 03.30 von der Innenstadt bis zum Morgartenring.</p>

	<p>5. Realisierung eines neuen S-Bahnhofes beim Morgartenring mit entsprechendem Taktangebot der SBB.</p>	<p>Im Richtplan des Kantons Basel-Stadt ist eine neue S-Bahn-Haltestelle am Morgartenring mit dem Koordinationsstand «Vororientierung» enthalten. Die zuständigen parlamentarischen Kommissionen der Kantone BS und BL haben entschieden, bei der S-Bahn nur noch die Variante Mitte weiterzuverfolgen. Daneben soll auch die Elsässerbahn zwischen Basel SBB und St. Johann aufgewertet werden. Eine in der Folge vom Kanton Basel-Stadt in Auftrag gegebene Potentialstudie kam zum Schluss, dass die Haltestelle «Morgartenring» eines der höchsten Fahrgastpotenziale aller S-Bahn-Haltestellen aufweist. Entsprechend wurde die Realisierung der Haltestelle «Morgartenring» in das Agglomerationsprogramm der 2. Generation in der B-Liste (Ausführungshorizont 2019-2022) aufgenommen. Die Haltestelle müsste im Viertelstundentakt bedient werden. Problematisch ist, dass die Strecke jedoch schon heute stark ausgelastet ist. Ein Ausbau der Streckenkapazität kommt jedoch aufgrund der sehr hohen Kosten kaum in Frage.</p>
--	---	--

	<p>6. Verlängerung der Buslinien von und nach Hegenheim / Hésingue.</p>	<p>Die Überprüfung von neuen grenzüberschreitenden Linien des öffentlichen Verkehrs ist ein Bestandteil des Interreg-IV-Projekts «Stärkung des öffentlichen Verkehrs und der kombinierten Mobilität im TEB». Das Projekt steht kurz vor seinem Abschluss. Für den grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr im Raum Allschwil wurde in erstem Schritt eine Kombination/Verlängerung der Buslinien 755/605 vorgeschlagen und in einem späteren zweiten Schritt eine Tramlinie vom Badischen Bahnhof via Dreirosenbrücke – Luzernerring – Bachgraben nach Hegenheim. An der Endhaltestelle des Trams ist ein P+R-Standort vorgesehen. Diese Varianten müssen in einem nächsten Schritt betreffend Wirtschaftlichkeit und politische Realisierbarkeit überprüft werden.</p> <p>Wie bereits in Massnahme 2 erwähnt, soll bereits ab Dezember 2012 die Buslinie 608 in das Bachgrabengebiet verlängert werden.</p>
<p>Das Allschwiler Strassennetz ist im übergeordneten regionalen Strassennetz sinnvoll integriert. Durch eine zweckmässige Verkehrsleitung auf Hochleistungsstrassen und die Nutzung des ÖV-Angebots wird Allschwil vom Durchgangs- respektive Grenzverkehr merklich entlastet.</p>	<p>7. Schutz des Gewerbegebietes Bachgraben vor erhöhter Verkehrsbelastung durch den Anschluss an die Entlastungsstrasse Route des Carrières.</p>	<p>Bei der Route des Carrières handelt es sich um ein französisches Projekt, auf das die Schweiz keinen direkten Einfluss ausüben kann. Allerdings macht die Route des Carrières ohne eine Fortsetzung der Strasse auf Schweizer Boden keinen Sinn. Zwischen dem Hegenheimerweg und der Grenze müsste dazu eine neue Strasse realisiert werden. Diese Strasse ist im neuen Richtplan BL aber nicht mehr vorhanden. Für die Realisierung dieses Abschnittes müsste folglich zuerst der kantonale Richtplan bzw. der kommunale Strassennetzplan geändert werden. Dies wird ohne Zustimmung der Gemeinde Allschwil nicht möglich sein. Somit ist das Gewerbegebiet vor zusätzlichem Verkehr aufgrund der Route des Carrières geschützt.</p>

	<p>8. Bedürfnisabklärung und Standortevaluation von P+R-Anlagen im grenznahen Raum im Rahmen des Interreg-IV-Programms des Trinationalen Eurodistrikts (TEB).</p>	<p>Die Bedürfnisabklärung und Standortevaluation von P+R- als auch B+R-Anlagen sind Bestandteil des Interreg-IV-Projekts «Stärkung des öffentlichen Verkehrs und der kombinierten Mobilität im TEB». Es wird auf die Ausführungen zum Punkt 6 verwiesen.</p>
	<p>9. Aufnahme der Südumfahrung in den kantonalen Richtplan.</p>	<p>Der Richtplan BL wurde vom Bundesrat am 8.09.2010 mit Auflagen genehmigt. Die Südumfahrung bildet im Richtplan keinen Bestandteil mehr. Allerdings wird der Regierungsrat in den Planungsanweisungen beauftragt, innert fünf Jahren nach dem Bundesratsbeschluss eine Anpassung des Richtplans im Bereich Leimental/Birseck dem Landrat vorzulegen. Die Baudirektion hat zur Erfüllung dieses Auftrages im 2009 das Projekt «ELBA» gestartet. In einer ersten Stufe haben sechs Teams in Konkurrenz verschiedene Lösungsansätze ausgearbeitet. Aus diesen sechs Lösungen wurden die drei besten Varianten ausgewählt und im Rahmen einer Testplanung vertieft weiterbearbeitet. Im September 2012 findet die öffentliche Mitwirkung statt. Auf der Grundlage der Mitwirkung wird eine Variante ausgeschieden und die verbleibenden zwei Varianten weiterbearbeitet und dem Landrat zur Beschlussfassung vorgelegt.</p>

<p>Die Einwohnerinnen und Einwohner werden vor übermässigem Fluglärm bewahrt. In bewohntem Gebiet wird der Lärmgrenzwert eingehalten.</p>	<p>10. Allschwil setzt sich dafür ein, dass auf dem EuroAirport nur Fracht aus der unmittelbaren Region abgefertigt wird.</p>	<p>Der Gemeindeverbund Flugverkehr (GVF), bei welchem die Gemeinde in der Steuergruppe aktiv ist, hat diese Forderung wiederholt gegenüber dem EuroAirport, der Regierung Basel-Landschaft und der Regierung Basel-Stadt gestellt. Im 2011 wurde zwar ein Bericht durch den EAP publiziert, allerdings ging daraus nicht hervor, ob die Fracht aus der unmittelbaren Region stammt. Es ist zu überlegen, wie die Massnahme umgesetzt werden kann. Zumindest wurde im Rahmen der Vernehmlassung zum SIL-Objektblatt gefordert, dass der Frachtverkehr auf die Bedürfnisse der Region ausgerichtet werden und nicht unbegrenzt anwachsen soll.</p>
	<p>11. Allschwil fordert ein generelles Nachtflugverbot zwischen 22 und 7 Uhr.</p>	<p>Das Nachtflugverbot zwischen 22 und 7 Uhr ist eine der vier zentralen Forderungen des GVF. Die Steuergruppe hat diese Forderung wiederholt beim EuroAirport und der Baselpolitaner Regierung deponiert. Ausserdem hat die Gemeinde Allschwil und der GVF die Petition des Forums und des Schutzverbands aktiv unterstützt, welche eine Nachtflugsperrung von 22 bis 7 Uhr fordert. Zudem wurde das Nachtflugverbot im Rahmen der Vernehmlassung zum SIL-Objektblatt gefordert.</p>
	<p>12. Forderung, dass im Lärmkataster der Planungswert jederzeit eingehalten wird.</p>	<p>Der Planungswert wird wegen 1-2 lärmigen Frachtfliegern nach 22 Uhr überschritten. Durch die Streichung dieser Flüge, die ausschliessliche Abwicklung über Norden oder den Einsatz von modernen Frachtflugzeugen kann der Planungsgrenzwert eingehalten werden. Im Rahmen der Vernehmlassung zum SIL-Objektblatt wurde zudem gefordert, dass der EAP ein Betriebsreglement erstellen muss, welches die Einhaltung der Lärmschutzgrenzwerte und damit auch der Planungsgrenzwert ermöglicht.</p>

	13. Die Forderungen gegenüber dem EuroAirport werden mit anderen Gemeinden und Verbänden koordiniert.	Dank der Mitwirkung im Gemeindeverbund Flugverkehr, in welcher zehn Gemeinden vereint sind, können einheitliche Forderungen formuliert werden. Dadurch kann mehr Druck auf den Regierungsrat und den EuroAirport aufgebaut werden.
	14. Die Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Einführung des ILS 33 (vormals ILS 34) wird laufend überwacht.	Die Überwachung erfolgt zusammen mit der Steuergruppe des Gemeindeverbunds Flugverkehr. Sie sucht dabei auch den direkten Kontakt zum Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL, um Verbesserungen beim Flugbetrieb zu erzielen.
Durch das Ableiten des Verkehrs auf die Hauptstrassen werden die Wohnquartiere vom Such- und Ausweichverkehr entlastet. Die Gewerbegebiete werden ausreichend erschlossen.	15. Sanierung der Baslerstrasse. Die Sicherheit und Leistungsfähigkeit werden an den Verkehrsknotenpunkten erhöht.	Die Sanierung der Baslerstrasse ist Teil des Agglomerationsprogramms und ist dort als Projekt der Liste A eingestuft. Das Projekt wird folglich vom Bund mit 40% subventioniert, sofern mit den Bauarbeiten bis spätestens Ende 2014 begonnen wird. Seit Anfang 2012 befindet sich das Bauprojekt in Arbeit. Mit dem Kredit für die Erstellung des Kreisels Baslerstrasse/Grabenring wurde zudem ein Kredit für die Durchführung eines Ideenwettbewerbs zur Umgestaltung des Dorfplatzes genehmigt. Bevor mit dem Wettbewerb begonnen werden kann, erwartet der Kanton seitens der Gemeinde ein klares Bekenntnis dafür und wünscht eine aktive Beteiligung (auch finanziell) der Gemeinde.

	<p>16. Erhöhung der Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Knotens Grabenring/Hegenheimerweg.</p>	<p>In der Vereinbarung im Zusammenhang mit der Kostenbeteiligung am Kreisel Baslerstrasse ist festgehalten, dass der Gemeinde bis Ende 2008 ein Vorprojekt der Knotenkorrektur vorgelegt werden muss. Das Vorprojekt wurde jedoch der Gemeinde erst im Mai 2011 zur Stellungnahme unterbreitet. Allerdings wurde aufgrund des grossen Spardrucks seitens des Kantons die Realisierung nach 2020 verschoben. Auf Intervention der Gemeinde hat dann der Kanton das Kreiselprojekt immerhin als Ersatzmassnahme eingestuft.</p> <p>In der Zwischenzeit wurde das Kreiselprojekt in das Agglomerationsprojekt «Strassenraumgestaltung Bachgraben» aufgenommen, welches im Juni 2012 beim Bund eingereicht wurde. Das Projekt ist in der A-Liste enthalten, was bedeutet, dass mit dem Bau spätestens 2018 begonnen werden muss.</p>
	<p>17. Erhöhung der Sicherheit und Leistungsfähigkeit entlang des Hegenheimerweges durch diverse Korrekturen.</p>	<p>Auf Basis einer Studie für eine gesamtheitliche Strassenraumgestaltung des Hegenheimerweges wurde 2011 ein Vorprojekt ausgearbeitet. Im Herbst 2012 wurde eine Verkehrssimulation durchgeführt, um die im Vorprojekt enthaltenen Massnahmen auf ihre Leistungsfähigkeit zu überprüfen. In einem nächsten Schritt ist die Erstellung des Bau- und Strassenlinienplans vorgesehen.</p> <p>Das Projekt bildet einen zentralen Bestandteil des Agglomerationsprojekts «Strassenraumgestaltung Bachgraben», welches im Juni 2012 beim Bund eingereicht wurde. Der Entscheid über die Subventionsbeiträge wird im Frühling 2013 erwartet.</p>
	<p>18. Überprüfung der Verkehrsentwicklung im Gewerbegebiet Bachgraben mittels periodischer Erfassung des Verkehrsaufkommens und der Arbeitsplatzentwicklung.</p>	<p>Im Frühling 2010 wurde erneut das Verkehrsaufkommen gezählt und die Arbeitsplatzzahlen ausgewertet. Die Durchführung der nächsten Verkehrszählung wird frühestens nach der Realisierung des Rückbaus Wasgenring/Ausbau Luzernerring sinnvoll sein.</p>

	<p>19. Umsetzung von verkehrsberuhigenden Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in Quartierstrassen.</p>	<p>Die flächendeckende Einführung von verkehrsberuhigenden Massnahmen wird aufgrund des Abstimmungsergebnisses zu T-30 von der Mehrheit der Bevölkerung nicht gewünscht. Massnahmen in einzelnen Strassenabschnitten werden nach Bedarf geprüft.</p>
	<p>20. Prüfen einer Parkplatzbewirtschaftung, welche die vorhandenen Parkplätze für Anwohner, Besucher und Gewerbeschaffende freihält.</p>	<p>Anfang 2012 wurde der Auftragsbeschrieb zur Parkraumbewirtschaftung erstellt. Die Rudolf Keller & Partner (RK&P), Verkehrsingenieure, Muttenz, haben auf dieser Basis ihre Offerte zur Ausarbeitung des Grobkonzeptes eingereicht. Der Gemeinderat hat am 13. Juni den dafür budgetierten Planungskredit freigegeben und RK&P mit der Ausarbeitung beauftragt. Eine erste Besprechung zwischen Vertretern des Planungsbüros und EDS hat stattgefunden. Das Projekt ist zeitlich auf Kurs.</p>

<p>Zur Förderung des Langsamverkehrs wird das Velonetz Allschwil vervollständigt und in das kantonale Radroutennetz integriert.</p>	<p>21. Durch neue Velowege oder markierte Velostreifen wird das Veloroutennetz innerorts ausgebaut.</p>	<p>Baslerstrasse: Im Projekt der Gesamterneuerung ist die Markierung der Velostreifen entlang der gesamten Baslerstrasse vorgesehen. Die Umsetzung erfolgt gemeinsam mit der Erneuerung.</p> <p>Hegenheimermattweg: Entlang des Hegenheimermattwegs ist im Rahmen der Strassenraumgestaltung die Erhöhung der Sicherheit der Velofahrer geplant. Es wird dazu auf die Erläuterung von Punkt 17 verwiesen.</p> <p>Querung Bachgrabenpromenade: Gemäss der Verkehrsstudie Bachgraben wird eine neue Velo-Querung der Bachgrabenpromenade im Bereich des JFZH empfohlen. Eine Realisierung der Veloquerung ist im Rahmen der Projektentwicklung des Wegmattenareals zu prüfen.</p> <p>2012 wurde der Auftrag an einen externen Planer erteilt, das Velonetz und die wichtigsten Fussgängerbeziehungen auf Schwachstellen zu überprüfen und Massnahmen aufzuzeigen. Der Schlussbericht wird Ende 2012 erwartet.</p>
	<p>22. Ausbau des Veloroutennetzes zu den Nachbargemeinden - insbesondere nach Oberwil und Frankreich.</p>	<p>Der Ausbau des Velowegs nach Oberwil ist im kantonalen Richtplan und auch im Agglomerationsprogramm enthalten. Die Erstellung dieses Velowegs ist Aufgabe des Kantons. Eine erste Studie betreffend der Linienführung liegt vor. Die Realisierung ist ab 2014 vorgesehen.</p> <p>Ein Ausbau der Velorouten nach Frankreich wurde bis anhin nicht überprüft.</p>

	<p>23. Ausbau der Fusswege im linksufrigen Bachgraben-Gebiet, der Fusswegverbindung Spitzwald (Überquerung der Napoleonstrasse) und des Herrenwegs. Die Lenkung der Fussgänger wird mit einer lückenlosen Beschilderung gewährleistet.</p>	<p>Hegenheimermattweg: Die Erhöhung der Sicherheit der Fussgänger ist Bestandteil der neuen Strassenraumgestaltung. Es wird auf die Ausführungen zum Punkt 17 verwiesen. Bachgrabenpromenade: Die ersten zwei Etappen für die Sanierung der Bachgrabenpromenade wurden ausgeführt. Im Finanzplan ist vorgesehen, die Sanierungen bis 2014 abzuschliessen. Überquerung Oberwilerstrasse Höhe Spitzwald sowie Ergänzung Herrenweg mit Trottoir: Das Bauprojekt wurde im September aufgelegt. Die Realisierung ist für 2013 vorgesehen. Beschilderung: Es haben diesbezüglich noch keine Aktivitäten stattgefunden.</p>
--	--	---

7

Allschwil setzt ein wertorientiertes, bedarfsgerechtes Facility-Management für den Erhalt, den Unterhalt und die Entwicklung der Immobilien, Anlagen und Werkleitungen über deren ganzen Lebenszyklus ein.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
Neubaugebiete werden mit einer zeitgemässen und leistungsfähigen Infrastruktur fristgerecht erschlossen.	1. Erschliessung des Ziegeleiareals mit Strassen sowie Wasser- und Abwasserleitungen.	Sämtliche Infrastrukturanlagen (Strasse, Wasser, Abwasser) zur Erschliessung des Ziegeleiareals sind erstellt.
Nachhaltige Werterhaltung der bestehenden Erschliessungsanlagen unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.	2. Umsetzung des Werterhaltungsprogramms für die Strasseninfrastruktur.	Im Jahre 2007 wurde von sämtlichen kommunalen Strassen der bauliche Zustand nach einem genormten Verfahren erhoben. Auf Basis dieser Grundlagen wurde anschliessend ein Werterhaltungsprogramm aufgebaut, welches in den nächsten Jahren umgesetzt wird.
	3. Umsetzung des Werterhaltungsprogramms für die Abwasserinfrastruktur.	In den Jahren 2007 bis 2009 wurde der bauliche Zustand sämtlicher kommunalen Abwasseranlagen mittels Kanal-TV aufgenommen. Auf dieser Basis wurden die Sanierungsmassnahmen bestimmt, nach Prioritäten geordnet und ein Werterhaltungsprogramm aufgebaut. Die Umsetzung ist im Gange.
	4. Umsetzung des Werterhaltungsprogramms und der im Generellen Wasserversorgungsprogramms (GWP) festgehaltenen Massnahmen.	Die Bestimmung des baulichen Zustands von Wasserleitungen ist nicht möglich. Der finanzielle Bedarf für die Werterhaltung der Anlagen berechnet sich daher auf einem statistischen Leitungsversagensansatz in Abhängigkeit des Rohrmaterials und des Alters der verschiedenen Abschnitte. Es werden diejenigen Leitungen ersetzt, welche bereits mehrere Leitungsbrüche aufweisen oder aufgrund des GWP's zu ersetzen sind.

<p>Die Sicherheit der Trinkwasserversorgung wird erhöht.</p>	<p>5. Umsetzung des Zwei-Zonen-Konzepts im Allschwiler Trinkwasserversorgungsnetz.</p>	<p>Das Zwei-Zonen-Konzept ist Bestandteil des Generellen Wasserversorgungsprojekts GWP. Für die Umstellung auf zwei Druckzonen sind vorgängig verschiedene Leitungen zu erstellen oder zu ersetzen. Die Inbetriebnahme der zwei Zonen ist voraussichtlich im Jahre 2015 zu erwarten.</p>
	<p>6. Prüfung der Machbarkeit eines regionalen Trinkwasserverbundes in Zusammenarbeit mit Gemeinden und Kantonen.</p>	<p>Im Hinblick auf die Möglichkeit eines regionalen Trinkwasserverbundes ist die Zukunft der Hardwasser AG und die Einführung von neuen, allgemein gültigen Durchleitungspreisen entscheidend. Die Hardwasser AG hat eine Strategie definiert, welche bis im Jahre 2020 umgesetzt werden soll. Diese sieht vor, den Staatsvertrag beizubehalten, ein neues Finanzierungsmodell einzuführen und die Organisation des Betriebs zu ändern. Das neue Finanzierungsmodell wurde den Aktionären im Sommer 2012 vorgestellt und soll 2013 beschlossen und ab 1.1.2014 eingeführt werden. Durchleitungspreise: Die IWB und die Gemeinden Allschwil, Birsfelden sowie das Wasserwerk Reinach und Umgebung haben sich auf die Preismechanik für die Verrechnung der Durchleitung von Trinkwasser geeinigt und einen Vertragsentwurf ausgearbeitet. Die Vertragsverhandlungen sollten bis Ende 2012 abgeschlossen sein.</p>
<p>Eine Analyse vermittelt einen Überblick über den aktuellen Zustand der gemeindeeigenen Gebäude in Allschwil.</p>	<p>7. Zustandsanalyse aller gemeindeeigenen Häuser auf den aktuellen Stand bringen und aktuell halten, eine Mängelliste erstellen, eine Instandhaltungsstrategie definieren sowie die Machbarkeit von Renovationen prüfen.</p>	<p>Die Zustandsanalyse wurde 2009 durchgeführt. Die Mängel sind bekannt. Die nächsten Schritte sind: 1. Priorisierung 2. Terminplanung 3. Finanzplanung 4. Realisation</p>
	<p>8. Entscheidungsgrundlagen für ein Gesamtanierungs-Konzept erarbeiten.</p>	<p>Im Bereich Schulbauten und Kindergärten sind die entsprechenden Strategiepapiere ausgearbeitet.</p>

	9. Daten für das Sanierungs-/Neubau-Konzept erfassen und aktuell halten.	Im Bereich Schulbauten wurde ein Sanierungs-/Neubau-Konzept erstellt.
Der Bedarf an Räumlichkeiten für kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten ist gedeckt.	10. Prüfen von Beteiligungsformen wie Public Privat Partnership (PPP) oder Kooperation mit anderen Institutionen. Eine Alternative für die Turn- und Konzerthalle (TUK) als Veranstaltungssaal suchen.	<ul style="list-style-type: none"> - Aula für Musikschule - Kulturhaus (Postulat überwiesen) - Prüfen, ob Forderung in Quartierplänen umgesetzt werden können. - Im Hinblick auf Konzept «UnS» zu prüfen: Neue grosse Aula und Sportplätze - QP Langmatt II im Zusammenhang mit Sportplätze UBS.
Die Sekundarschulhäuser Breite und Lettenweg werden im Jahr 2010 im aktuellen Zustand und ohne Abschlüsse vom Kanton übernommen.	11. Angaben der kantonalen Vorgaben überprüfen und mit allfälligen weiteren getätigten Investitionen der Gemeinde ergänzen. Die Werte der abzugebenden Gebäude bestimmen und im Verhältnis zur Annuitätzahlung aktualisieren.	Die Übergabe hat im August 2011 stattgefunden.
	12. Regelung mit dem Kanton über Grundstückverhältnisse anstreben. Die Besitzverhältnisse der betroffenen Grundstücke mit dem Kanton restlos klären.	Erledigt.
Es besteht ein Standortkonzept Primarschule/Kindergarten unter Berücksichtigung aller möglichen Bildungsformen.	13. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Substanz wird eine Standortstrategie entwickelt.	Erledigt (siehe Ziffer 8).
	14. Der Raum-Sollbedarf ist zu ermitteln.	Mit der Schülerprognose der Wüest & Partner AG sind die Grundlagen vorhanden. Die dazu notwendigen Raumbedürfnisse wurden definiert. Die Kindergarten-Strategie erweist sich als dynamisch, entsprechend ist darauf zu reagieren.

8

Die Allschwiler Bevölkerung wird vor Immissionen bestmöglich geschützt. Die Hochwassergefahr ist gebannt. Allschwil entsorgt die Abfallstoffe nach den neusten technologischen und ökologischen Erkenntnissen. Die Energiesparmassnahmen werden nach der Vorlage des Kantons getroffen. Die Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeiter sind auf einen sparsamen Energiemiteinsatz sensibilisiert.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
Die Chemiemülldeponien im grenznahen Elsass werden nachhaltig saniert. Für Allschwil werden aus diesen Deponien keine negativen Umwelteinflüsse mehr ausgehen.	1. Allschwil setzt sich für eine Totalsanierung der Chemiemülldeponien ein.	Die Deponien Le Letten und Roemisloch wurden im Jahre 2011 totalsaniert. Bis im Jahre 2015 wird das austretende Grundwasser überwacht. Im Jahre 2011 wurde jedoch eine neue Schadstoffquelle in Hagenthal entdeckt, welche den Lörzbach mit HCH belastet. Ein Massnahmenplan seitens der französischen Behörden soll bis im Sommer 2013 vorliegen.
Einwohnerinnen und Einwohner sind vor übermässigen Verkehrsimmissionen geschützt. Nach einer Erhebung werden – wo nötig - Massnahmen ergriffen.	2. Erhebung der Verkehrsemissionen.	Die Gemeinde ist gemäss Umweltschutzgesetz dazu verpflichtet, Gemeindestrassen mit zu hohen Lärmemissionen zu sanieren. Es sind dies die Spitzwaldstrasse, der Hegenheimermattweg, der Herrenweg und die Parkallee. Der Kanton (ARP, Amt für Lärmschutz) wird bis Ende 2012 die Lärmdaten erheben und anschliessend die Gemeinde orientieren. Daraufhin sollen die Schutzmassnahmen geplant werden.
	3. Wo Grenzwerte überschritten werden, setzt sich Allschwil dafür ein, dass entsprechende Massnahmen umgesetzt werden.	Der Kanton BL plant, die Lärmsanierung der Baslerstrasse und der Binneringerstrasse durch Belagererneuerungen auszuführen.
Der Energieverbrauch der gemeindeeigenen Gebäude wird gesenkt.	4. Bei Sanierungen werden Anlagen auf den Minergie-Standard gebracht.	Der Minergie-Standard ist heute für Neubauten gesetzlich vorgeschrieben. Der Energiestandard Minergie-P ist anzustreben.
	5. Der Schadstoffausstoss gemeindeeigener Liegenschaften wird reduziert.	Erledigt. Beim Neubau von Kindergärten wird der Minergie-P-Standard gefordert.

Bei Quartierplanverfahren werden höhere energietechnische Anforderungen gestellt.	6. Für Bauten im Quartierplan wird der Minergie-Standard vorgeschrieben.	Minergie-Standard ist gesetzlich vorgeschrieben und wird zukünftig in allen Quartierplänen umgesetzt. Beispiel: Im Quartierplan «Langmatten II» wird 80% aus erneuerbarer Energie realisiert.
Die Sauberkeit in öffentlichen Anlagen und auf Strassen ist gewährleistet. Littering wird mit präventiven, überwachenden und repressiven Mitteln bekämpft.	7. Der Einsatz des Werkhofs und der Fluraufsicht erfolgt bedarfsorientiert.	Die Reinigung der Strassen und der öffentlichen Anlagen erfolgt in Abhängigkeit des Verschmutzungsgrades und der Bedeutung der Anlage. Es finden regelmässig Besprechungen zwischen der HA Tiefbau - Umwelt, der Fluraufsicht und der Bürgergemeinde (Forst) statt, bei welchen die Einsätze gegenseitig koordiniert werden.
	8. Die Bevölkerung wird durch gezielte Aktionen sensibilisiert.	Gegenwärtig sind keine weiteren Aktionen vorgesehen.
	9. Es werden abfallpädagogische Workshops an den Schulen eingeführt.	Für die Primarschulen und Kindergärten wird ein umfangreiches Angebot an Abfall-Workshops angeboten, welches sehr gut genutzt wird. Die altersgerechten, themenspezifischen Kurse wurden in verschiedenen Schulen durchgeführt. Das Schulhaus Gartenstrasse widmete sich sogar eine Woche lang dem Thema Abfall, Recycling und Littering.
	10. Überwachungsmaßnahmen bei Wertstoffsammelstellen werden geprüft.	Die Videoüberwachung von Sammelstellen wurde geprüft und aus folgenden Gründen verworfen: <ul style="list-style-type: none"> • Verlagerung an nicht überwachte Örtlichkeiten • Überführung der Täterschaft fraglich • Die Videoüberwachung wegen Übertretungen ist aus Gründen des Datenschutzes nicht zulässig • Die Überwachung mit Personal steht in keinem vernünftigen Verhältnis zum Erfolg und wird deshalb nicht systematisch weiterverfolgt.

9

Allschwil sorgt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und unter Einbindung geeigneter Organisationen für die Sicherheit der in Allschwil lebenden oder arbeitenden Personen sowie der ortsansässigen Firmen.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
In Allschwil fühlen sich Menschen zu jeder Tageszeit sicher, Güter und Umwelt werden vor mutwilliger Beschädigung geschützt.	1. Meldungen der Kantonspolizei und aus der Bevölkerung werden systematisch gesammelt und periodisch analysiert.	Eingehende Meldungen und deren Erledigung werden zu Nachforschungszwecken in ein Journal eingetragen.
	2. Die präventiven und repressiven Massnahmen und Tätigkeiten der Gemeindepolizei werden periodisch den Anforderungen in organisatorischer, zeitlicher und räumlicher Hinsicht angepasst.	Auf Meldungen aus der Bevölkerung wird adäquat reagiert. Es findet ein wöchentlicher Informationsaustausch zwischen Gepo und Kapo statt. Spätdienste werden bedarfsorientiert geplant.
Die Feuerwehr steht jederzeit und effizient zur Rettung von Mensch, Tier, Umwelt und Sachwerten bereit.	3. Es werden Massnahmen zur Sicherstellung eines ausreichenden Mannschaftsbestandes ergriffen.	Der Feuerwehrverband beider Basel hat eine Studie in Auftrag gegeben, welche über Motivatoren und Demotivatoren zur Leistung von Feuerwehrdienst Auskunft geben soll. Ergebnisse hätten im 4. Quartal 2010 vorliegen sollen. Ausser einer Werbekampagne hat die Verwaltung keine Ergebnisse der Studie zur Kenntnis nehmen können. Die Feuerwehr Allschwil hat indessen selber Massnahmen zur Erhaltung des Bestandes ergriffen. Per 01.01.2012 hat sie eine Jugendfeuerwehr aufgebaut und seither geführt. Ein Ziel derselben ist, die Begeisterung der jungen Leute für die Aufgaben der Feuerwehr zu wecken und damit den späteren Übertritt in den aktiven Feuerwehrdienst zu fördern. Das neu erstellte Feuerwehrmagazin steigert die Attraktivität der Feuerwehr ebenfalls spürbar. Innert Jahresfrist ist der Mannschaftsbestand von 55 auf 64 AdF angestiegen.

	4. Ersatzbeschaffung von Geräten sicherstellen.	Die Ersatzbeschaffung erfolgt nach Bedarf. Die Feuerwehr ist bezüglich Gerätschaften und Fahrzeugen gut ausgerüstet. In jüngster Vergangenheit wurde beispielsweise das Atemschutzfahrzeug ersetzt und im Budget 2013 sind der Ersatz des Mannschafts-transportfahrzeuges und des Kommandofahrzeuges vorgesehen.
	5. Die Zusammenarbeit der Feuerwehr mit dem Zivilschutz sowie mit benachbarten Feuerwehren wird gefestigt.	Feuerwehr: Einzelne gemeinsame Abendübungen mit Schönenbuch wurden mangels Nutzen wieder eingestellt. Mit Hegenheim soll es ca. alle zwei Jahre eine gemeinsame Übung geben, um für ein (gemeinsames) Ereignis in Grenznähe vorbereitet zu sein. Gemeinsame Übungen zwischen Feuerwehr und Zivilschutz haben stattgefunden und werden sporadisch wiederholt. Zivilschutz: Bereits 2011 wurden gemeinsame Ausbildungen mit der ZSO Binningen in verschiedenen Fachbereichen absolviert. Aufgrund unterschiedlicher Philosophien wurde die Zusammenarbeit 2012 nicht weitergeführt.

<p>Der Bevölkerungsschutz ist jederzeit und langfristig gesichert.</p>	<p>6. Gestützt auf mögliche Szenarien sind Konzepte und Checklisten zu erstellen und daraus den Handlungs- und Ressourcenbedarf abzuleiten.</p>	<p>Die IT- und Telematikmittel im Führungsraum (OKP) wurden 2010 auf den aktuellsten Stand gebracht. Konzepte: Unter Federführung des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz (AMB) haben die Stabschefs der Führungsstäbe seit August 2010 mehrere Workshops zum Szenario Erdbeben abgehalten. Daraus sind hilfreiche Planungsunterlagen zur Bewältigung eines Erdbebens entstanden. Die Vorsorgeplanung in diesem Bereich wird weitergeführt. Das AMB hat Mitte 2012 Entwürfe zu Modulplanungen (Notunterkunft, Versorgungsplatz, mobile Wasserversorgung, provisorische Stromversorgung, Totensammelstelle) zum Mitbericht an die Führungsstäbe versandt. Die Stabsleitung des RFS Allschwil-Schönenbuch hat sich mit einer umfangreichen Stellungnahme eingebracht. Zurzeit befinden sich die Mitberichte zur Auswertung beim AMB.</p> <p>Bevölkerungsschutz: Seit dem 01.01.2009 ist der Regionale Führungsstab (RFS) Allschwil – Schönenbuch operativ. Die Erweiterung des Verbundes soll geprüft werden. Die Gemeinderäte Allschwil und Schönenbuch haben deshalb den Ausschuss RFS beauftragt, einen Zusammenschluss mit dem GFS Binningen oder dem RFS Leimental zu prüfen.</p>
---	---	---

	<p>7. Die Ausbildung der Angehörigen des Zivilschutzes (AdZS) wird verbessert und deren Engagement gesteigert.</p>	<p>Die Ausbildung erfolgt möglichst ereignisorientiert und enthält sowohl Elemente der Festigungsstufe wie Gruppen- und Zugsübungen. Im Frühling 2012 wurde zusammen mit der ZSO Leimental eine gemeinsame, überregional vernetzte Kaderausbildung absolviert. Die beübten Kader nahmen dabei an einem Rapport des RFS Wildenstein teil und führten die erhaltenen Aufträge mit Rekruten des Ausbildungszentrums Langenbruck aus. Der gesteigerte Aufwand in eine wirkungsorientierte Ausbildung zeigt Erfolg: Die AdZS sind mit mehr Motivation bei der Sache. Entsprechend konnten auch neue Kadernmitglieder gewonnen werden.</p>
--	--	--

10

Allschwil betrachtet die Investition in die Jugend als eine Investition in die Zukunft. Mit der Einbindung der Jugend ins Gemeindeleben und der Unterstützung beim Einstieg ins Berufsleben soll die Identifikation mit der Wohngemeinde gestärkt werden. Die Harmonisierungsvorgaben im Schulbereich werden als Chance für ein zukunftstaugliches Bildungsangebot bewertet. Die Musikschule kann ihr pädagogisches Konzept ohne raumorganisatorische Sachzwänge umsetzen. Durch familienergänzende Betreuungsangebote werden die unterschiedlichen Bedürfnisse abgedeckt.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
Allschwil verfügt über ein ausreichendes und vielfältiges Familien ergänzendes Betreuungsangebot.	1. Die Bedürfnisse im Anschluss an den Tageskindergarten sind abzuklären. Das Konzept «Tagesschule auf Primarstufe» ist als bedarfsgerechtes Tagesschulangebot umzusetzen.	Die Bedürfnisse sind abgeklärt; der Bedarf ist vorhanden. Der Bericht Nr. 3951 betreffend Tagesschule auf Primarstufe wurde am 27. Oktober 2010 im Einwohnerrat diskutiert. Die entsprechende Vorlage wurde dem Volk am 13.2.2011 zur Abstimmung vorgelegt und angenommen. Die Tagesschule ist seit 2011/12 in Betrieb. Ziele: Eine ganze TS-Klasse; Abbau der TaKi-Warteliste durch Einführung Doppelkindergarten.
Kindergarten, Primarschule und Sekundarschule sind räumlich richtig untergebracht.	2. Es wird ein Konzept "Standorte Kindergärten" erarbeitet und umgesetzt.	Der Einwohnerrat hat im Juni 2012 die Kindergarten-Strategie genehmigt. Ziel: Jährliche Überprüfung der Kindergartenstrategie bzw. der demographischen Entwicklung.
Die Schulanlagen sind saniert.	3. Als erste Etappe wird das Schulhaus Gartenstrasse saniert.	Zieländerung: Neubau Schulhaus Gartenhof Das Projekt «Unser neues Schulhaus» ist im Zeitplan.
Das Angebot des Musikschulunterrichts wurde ausgedehnt, die Räumlichkeiten im Musikschulhaus sind bedarfsgerecht ausgebaut und optimiert.	4. Die Erweiterung des Musikschulhauses (Anbau Beachvolleyball-Feld und Ausbau Dachgeschoss) wird geprüft.	Diverse Möglichkeiten wurden überprüft. Weitere Massnahmen sind noch offen. HBR/SDG klären ab, welche Standorte für ein neues Seniorencafé in Frage kommen. EDS: Zimmer im SH Schönenbuchstrasse. Die Schulleitungen Primarschule und Musikschule haben vom Gemeinderat den Auftrag erhalten, gemeinsame Nutzungen im Schulzentrum Neuallschwil zu evaluieren.

<p>Zur Förderung der Integration steht jungen Menschen ein angemessenes Infrastrukturangebot zur Verfügung. Junge Einwohnerinnen und Einwohner sind im Gemeindeleben integriert.</p>	<p>5. Das bestehende Freizeitangebot wird den aktuellen Bedürfnissen angepasst.</p>	<p>Im 4. Quartal 2010 führten die Jugendarbeiter/innen eine Bedarfsumfrage bei den Allschwiler Jugendlichen (Sekundarschulklassen) durch. 617 Jugendliche haben daran teilgenommen. Die Ergebnisse wurden dem Gemeinderat vorgestellt. Die stärkste Erkenntnis aus der Umfrage sind folgende: Die Jugendlichen verbringen viel mehr Zeit zu Hause, auch an den Wochenenden, als dies noch vor Jahren der Fall war. Die «Social Medias» sind allgegenwärtig und beeinflussen das Freizeitverhalten der Jugendlichen stark. Ca. 90% der Jugendlichen leben gerne bis sehr gerne in Allschwil. Ca. 80% der Jugendlichen fühlen sich sicher in Allschwil. Ausnehmend wenige der Jugendlichen sind NICHT in einem Verein engagiert. Weitere Umfrageergebnisse können im Jugendfreizeithaus erfragt werden.</p>
	<p>6. Jugendkulturtage werden angeregt und unterstützt. Vereine und Institutionen unterstützen, die eine aktive Jugendarbeit betreiben.</p>	<p>Jugendkulturtage: Da die Jugendkulturtage in Basel Tradition haben und rege besucht werden, wird darauf verzichtet, Konkurrenzveranstaltungen im Vorort zu organisieren. Wo möglich, werden z.B. das Jugendkulturfestival in Basel mit einem finanziellen Beitrag unterstützt. Die Allschwiler Jugendverbände und Vereine werden mit fixen Beiträgen der Gemeinde für ihre Arbeit unterstützt. Ebenso werden Projekte, kulturelle Anlässe und Veranstaltungen mit Gemeindebeiträgen unterstützt.</p>

<p>Für die Problemfelder Vandalismus, Gewalt, Drogen, Arbeitslosigkeit, Verwahrlosung sowie Risiken im Internet bestehen präventive, kommunale Lösungsansätze.</p>	<p>7. Weiterführen der mobilen Jugendarbeit durch Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter.</p>	<p>Die «Mobile Jugendarbeit Allschwil» hat ihre Präsenz in Allschwil heruntergefahren. Der Grund dafür liegt darin, dass sich kaum mehr Jugendliche in den Anlagen und Parks aufhalten. Die neuralgischen Brennpunkte wie in den Jahren zuvor, gibt es nicht mehr. In der Strengi konnte im vergangenen Jahr zwischen Anwohnern und Jugendlichen vermittelt werden. Die Jugendarbeiter sind sich jedoch bewusst, dass sich diese Situation rasch wieder ändern kann und sind in der Lage, umgehend zu reagieren. Das Schulabschlussfest auf dem Plumpi-Spielplatz war zum fünften Mal in Folge ein friedlicher Abschlussanlass, an dem im Gegensatz zu früher vorwiegend SchulabgängerInnen teilnahmen. Die Zusammenarbeit zwischen Mobiler Jugendarbeit und Gepo hat sich bewährt und ist fester Bestandteil der Mobilien Jugendarbeit. Der Drogenkonsum unter Jugendlichen ist in Allschwil massiv zurückgegangen, ebenso der Vandalismus und Gewaltdelikte.</p>
---	---	--

	<p>8. Die themenbezogenen Elternabende an den Schulen mit Fachpersonen werden weitergeführt.</p>	<p>Jährlich organisiert die Kinder- und Jugendkommission mindestens eine Elternveranstaltung zu einem aktuellen Thema (2010: Grenzen setzen). Die Kinder- und Jugendkommission hat 2011 keine Veranstaltung für Eltern durchgeführt. Die Kommissionsmitglieder wurden sich nicht einig, wo Schwerpunkte zu setzen sind. Dafür hat die KIJUKO das veraltete Suchtprophylaxe-Konzept aus dem Jahre 1994 überarbeitet und dazu Fachleute der Gesundheitsförderung BL beigezogen. Das neue Gesundheitsförderungskonzept für Kinder und Jugendliche liegt nun vom Gemeinderat genehmigt vor und soll die künftige Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche der Gemeinde bestimmen. Das Freizeithaus führt im Rahmen der Gesundheitsförderung im Herbst 2012 Elternkurse unter dem Titel «Starke Eltern – starke Kinder» durch. Ebenso wurden wieder mehrere sportliche Angebote für Kinder und Jugendliche ausserhalb der Schulzeit mit Beiträgen gefördert.</p>
--	--	--

	<p>9. Interkommunale Formen der Zusammenarbeit werden geprüft.</p>	<p>Im Rahmen der VOJA (Verein Offene Jugendarbeit) sind die Jugendhäuser verschiedener BL und Region-Gemeinden zusammen vernetzt. Es besteht eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton. Allschwil ist im Vorstand vertreten und führt das Sekretariat VOJA. Ausserdem vertritt Allschwil den Kanton Basel-Landschaft an der Oberrheinkonferenz AG (ORK-AG) Jugend und an der Kantonalen Konferenz der Kinder- und Jugendbeauftragten.</p> <p>Das Mandat für den Beauftragten Kinder- und Jugendförderung ist per Ende 2011 abgelaufen und wird neu durch eine kantonale Stelle wahrgenommen. Die Vertretung in der ORK-AG Jugend ist weiterhin Bestandteil einer Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton BL und dem VOJA. Die Zusammenarbeit zwischen den Jugendarbeitenden im Kanton ist gut. Zurzeit wird eine Zusammenlegung des VOJA mit der IG Robinson-Spielplätze vorangetrieben und vom Kanton BL unterstützt.</p>
<p>Alle Schulabgängerinnen und -abgänger haben eine berufliche Perspektive (weiterführende Schule, Praktikum, Lehre).</p>	<p>10. Die Sozialarbeit im nachschulischen Bereich wird konsolidiert und weiterentwickelt.</p>	<p>Kantonal: Die Berufswegbegleitung wird weitergeführt.</p> <p>Kommunal: Die Jugendarbeitenden im Jugendfreizeitheim unterstützen die Allschwiler Jugendlichen bei der Lehrstellensuche im Rahmen der Sach- und Berufshilfe.</p> <p>Die Lehrstellensuche scheint zurzeit keine Probleme für Jugendliche mehr darzustellen. Nur noch wenige Jugendliche machen Gebrauch unseres Berufshilfe-Angebotes. Trotzdem suchen immer wieder junge Erwachsene das Jugendfreizeitheim auf, um sich beim Bewerben oder der Berufssuche helfen zu lassen.</p>
	<p>11. Die Vernetzung zwischen Wirtschaft, KMU, Schule und Behörden wird verbessert (WiFö).</p>	<p>Neue Stelle «Fachstelle für Arbeitsintegration» wurde geschaffen. Sie nimmt die Arbeit am 1.9.2012 auf (siehe Punkt 13.5.).</p>

11

Allschwil bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine breite Palette an Freizeitaktivitäten. Das attraktive, lebendige Heimatmuseum vertieft die Identifikation mit der Gemeinde. Allschwil hat Zugang zu einer modernen Bibliothek und trägt damit zur Leseförderung seiner Einwohnerinnen und Einwohner bei. Allschwil unterstützt kulturelle und sportliche Aktivitäten.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
Das Heimatmuseum ist ein bekannter, attraktiver Treffpunkt für Jung und Alt.	1. Öffnungszeiten an den Publikumsbedarf anpassen, Einrichten eines Treffpunkts/Cafés prüfen.	Die Öffnungszeiten wurden erweitert: Seit 2010 ist das Heimatmuseum an den Öffnungstagen (jeweils 1. Sonntag im Monat) durchgehend von 10 bis 17 Uhr geöffnet und es wurde ein Museumscafé eingerichtet. Im Juni 2012 hat der GR eine Überarbeitung des Museumskonzeptes beschlossen. Dieses wird im Herbst 2012 vorliegen.
	2. Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger zum Apéro und Rundgang ins Museum einladen.	Seit 2010 wird an den Neuzuzügerapéros im Rahmen der Präsentation durch GP A. Lauber aufs Heimatmuseum und die regulären Öffnungszeiten gezielt hingewiesen. Auf eine separate Führung für Neuzuzüger wurde dagegen verzichtet.
Schulklassen können sich für das Museum begeistern.	3. Durchführen spezifischer Führungen und Ausstellungen für Schulklassen. Spezifisches Informationsmaterial für Schulen zur Verfügung stellen.	Spezielles Material für Schulkinder wurde erarbeitet (Quiz). Spezielle Führungen, die auf Kinder ausgerichtet sind, werden angeboten. Die Lehrpersonen werden in regelmässigen Abständen angeschrieben und daran erinnert.
	4. Alle Museumsgegenstände sind in einer Datenbank erfasst und verzeichnet.	Die Inventarisierungsarbeiten wurden im Frühling 2012 abgeschlossen und in eine lokale Datenbank eingespielen. Im Herbst 2012 werden diese Daten in die kantonale Datenbank der Kooperationsinitiative Museen Baselland (KiM) überführt und sind so zukünftig auch über eine Webseite allen zugänglich.

Vereine und Organisationen, die sich für kulturelle und sportliche Anlässe engagieren, werden gefördert und unterstützt.	5. Das Kulturleitbild und die entsprechenden Richtlinien werden bei der Vergabe von Beiträgen angewendet.	Falls die eingereichten Gesuche und Projekte die gemeinderätlichen Richtlinien erfüllen, bewilligt der Gemeinderat im Rahmen des Budgets finanzielle Beiträge.
Den Sportvereinen stehen Hallen und Plätze zur Verfügung.	6. Turnhallen und Sportplätze bedarfsgerecht unterhalten.	Siehe Projekt «Unser neues Schulhaus».
Der Freiwillige Schulsport wird gefördert und unterstützt.	7. Ausbau des Freiwilligen Schulsports (Angebot, Altersklassen).	Der «Freiwillige Schulsport» boomt geradezu in Allschwil, auch dank der kompetenten und erfahrenen Leitung. Attraktive Sportarten werden Kindern und Jugendlichen angeboten und immer wieder überprüft. Die Administration läuft über die HA BEK. Der «Freiwillige Schulsport» wurde ausgebaut (bereits ab 1. Klasse der Primarschule). Das Angebot wurde erweitert (sep. Programm für die Sekundarstufe). Seit Sommer 2011 kann man sich für den freiwilligen Schulsport online anmelden. Nächste Schritte: Laufende Überprüfung der Angebote (permanente Aufgabe). Zusammen mit der neuen Dreifach-Turnhalle «Gartenhof» findet eine konzeptionelle Bewirtschaftung statt.

12

Allschwil trägt den neuesten Erkenntnissen zur Bevölkerungsentwicklung Rechnung. Die Infrastruktur wird konsolidiert, deren Wert soll langfristig erhalten bleiben. Die Wohnbedürfnisse einer älter werdenden Einwohnerschaft werden erfüllt. Der marktgerechte Bedarf an neuen und erneuerten Wohnliegenschaften wird gedeckt.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
Die demographische Entwicklung wird in der Planung berücksichtigt. Die Infrastruktur ist auf eine Bevölkerung von rund 20'000 Einwohnerinnen und Einwohner ausgerichtet.	1. Aktuelle Zahlen und Prognosen zur demographischen Entwicklung periodisch analysieren. Die Folgen für Allschwil daraus ableiten und entsprechende Massnahmen definieren.	Gemäss Schülerprognose 2010-2035 wird die Bevölkerungszahl auf 22'000 steigen. Dieses Handlungsfeld wird im Rahmen des Alterskonzeptes ausführlich behandelt.
	2. Das Umfeld für das «Leben im Alter» definieren und die entsprechende Infrastruktur schaffen.	Dieses zentrale Handlungsfeld wird im Rahmen des Alterskonzeptes ausführlich behandelt.

13

Allschwil bietet eine adäquate Infrastruktur für das Leben im Alter. Es bestehen ausreichend Wohnungen und eine seniorengerechte Infrastruktur für ältere Bewohnerinnen und Bewohner. Zwischen der Gemeinde und allen leistungserbringenden Institutionen von Allschwil - im Bedarfsfall auch mit externen - bestehen Leistungsvereinbarungen. Die Primarstufe verfügt über einen Schulsozialdienst. Allschwil fördert die Integration von Sozialhilfebezügerinnen und - bezüger in den Arbeits- und Lehrstellenmarkt.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
Vorlage des «Alterskonzept – Leben, Pflege und Betreuung im Alter» bis Ende 2009 erarbeiten, Umsetzung des Konzepts bis spätestens 2014.	1. Projektstart Januar 2009.	Das Alterskonzept wurde abgeschlossen und im Frühling 2011 vom Einwohnerrat genehmigt. Die Massnahmen «Gemeinderätliche Alterskommission», «Fachstelle für Altersfragen» und «Zeitliche Erweiterung der Spitex-Dienstleistungen» wurden umgesetzt.
Bestehende spitalexterne Pflege- und Betreuungsangebote optimieren und besser vernetzen sowie Koordination der Leistungen zwischen Allschwiler und externen Institutionen.	2. Festsetzung von Leistungsangeboten mit den beteiligten Institutionen.	In der neuen Leistungsvereinbarung mit der SPITEX Allschwil-Schönenbuch wurden die Rahmenbedingungen definiert. Die kommunalen SPITEX hat die Fallführung und kann im Bedarfsfall auf ergänzende Angebote zurückgreifen. Mit dieser Massnahme konnte die Kostensteigerung der externen SPITEX-Organisationen deutlich gebremst werden.
Die bestehenden Leistungsvereinbarungen werden laufend auf ihre Aktualität, Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft.	3. Erstellung Terminplan betreffend Prüfung der Leistungsvereinbarungen.	Der Terminplan ist erstellt.
	4. Leistungsvereinbarungen werden frühzeitig aktualisiert und erneuert.	Im Zeitraum 2012/2013 müssen folgende Leistungsvereinbarungen aktualisiert werden: <ul style="list-style-type: none"> • ORS – Betreuung Asylbewerber IU • AZB – Neue Pflegegesetzgebung • Spitex – Zusammenschluss Spitex Allschwil und Binningen

	5. Abschluss von neuen Leistungsvereinbarungen mit Institutionen, mit denen bislang keine Vereinbarung besteht, insbesondere externe Leistungserbringer.	Neue Leistungsvereinbarungen werden notwendig, wenn neue Dienstleistungen erbracht werden oder bei allfälligen Dienstleistungserweiterungen. Aufgrund der Entwicklungen im Bereich FAMEX werden ab 2013 ggf. neue Leistungsvereinbarungen notwendig.
Einführung eines Schulsozialdienstes der Primarstufe und dessen Angliederung in die Hauptabteilung Soziale Dienste / Gesundheit.	6. Organisation des Schulsozialdienstes in Zusammenarbeit mit der Schulleitung und dem Schulrat Kindergarten / Primarschule. Prüfung Stellenprozent und Ressourcenbedarf.	Das Konzept wurde vom Gemeinderat genehmigt und das Projekt wird umgesetzt. Der Schulsozialdienst Primarstufe nimmt den Betrieb am 01.11.2012 auf (80%).
Vorlage eines Konzeptes zur Schaffung einer Fachstelle für Arbeitsintegration.	7. Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des Konzeptes. Firmen werden zur Teilnahme am Teillohnenkostenbeitrag eingeladen. Erfassung der vermittelbaren Klientinnen und Klienten.	Das Konzept wurde vom Gemeinderat genehmigt und das Projekt wird umgesetzt. Die Fachstelle für Arbeitsintegration (FAI) nimmt den Betrieb am 01.09.2012 auf (50%). (siehe Punkt 10.11.)
	8. Der Teillohnenkostenbeitrag wird vermehrt genutzt und die Wirtschaft stärker miteinbezogen.	Diese Massnahme wird im Rahmen der Entwicklung der Fachstelle für Arbeitsintegration realisiert (2013/2014).

14

Die Gemeindeverwaltung Allschwil wird nach den Grundsätzen eines modernen Public Managements geführt. Sie verfügt über ein qualifiziertes Personal-, ein Aus- und Weiterbildungs-, ein Leistungs- sowie ein Finanzmanagement. Leistungen werden effizient, kunden- und wirkungsorientiert erbracht. Die Verwaltungsstruktur ist dynamisch, flexibel und transparent.

Zielsetzungen	Zu prüfende / umzusetzende Massnahmen	Standortbestimmung per Juni 2012
Die Personalplanung und der Personaleinsatz sind auf die Bedürfnisse der Leistungsverwaltung abgestimmt.	1. Der Sollstellenplan wird überprüft und, wo notwendig, angepasst.	Grundsatz: Der Sollstellenplan muss für eine kurz-, mittel- und längerfristige Zeitspanne erarbeitet werden; analog Finanzplandauer. Er beinhaltet alle personellen Bedarfsveränderungen, die sich aus der Verwaltungsstrategie ergeben – Aufbau neuer Stellen aufgrund neuen Aufgaben oder erhöhtes Arbeitsvolumen, Abbau von Aufgaben aufgrund neuer Zuteilung oder Outsourcing. Er berücksichtigt auch alle überschaubaren Veränderungen in den Reihen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie Freistellung wegen Erreichung der Altersgrenze, Beförderungen, Kündigung. Mit jedem Personalabgang wird die Stelle überprüft und wo notwendig werden entsprechende Anpassungen vorgenommen. Der neue Sollstellenplan ist seit Frühling 2012 eingeführt.
	2. Führungskräfte werden regelmässig für ihre Führungsaufgaben geschult.	Individuelle Fort- und Weiterbildungen werden von den Führungskräften besucht. In den Jahresgesprächen (MAG) ist die Personalentwicklung ein wichtiger Bestandteil.
	3. Führungsthemen sind fester Bestandteil der Sitzungen der Hauptabteilungsleiter (HAL).	Aufgrund der intensiven Alltags- und Projektarbeiten haben grundsätzlich Führungsthemen keinen zeitlichen Raum in den wöchentlichen HAL-Sitzungen; ausser dringende, aktuelle Führungsprobleme. Führungsthemen werden an den monatlichen HAL-Spezialsitzungen oder im Rahmen von Seminaren behandelt.

	4. Die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung 2008 werden analysiert und angemessen umgesetzt.	Die Ergebnisse der MAB 2008 wurden analysiert und es wurden mehrere Projekte definiert und die MA wurden darüber informiert. Die Projektverantwortlichkeiten wurden auf die Kadermitarbeitenden verteilt. Nebst verschiedenen kleineren Verbesserungen im Alltag wurden zwei Projekte gestartet. Es handelt sich dabei um die Projekte «Sicherheit am Arbeitsplatz» sowie «Ergonomie am Arbeitsplatz» inkl. Körperschulung.
	5. Kompetente Auszubildende betreuen und fördern qualifizierte Nachwuchskräfte.	Die Kompetenz der Auszubildenden und Auszubildener wird durch entsprechende Weiterbildungen und Coaching Massnahmen sichergestellt.
	6. Die persönlichen Ressourcen eines jeden einzelnen werden optimal gefördert und genutzt. Den Mitarbeitenden wird die persönliche Entwicklung mit individueller Fort- oder Weiterbildung ermöglicht.	Die Vorgesetzten kennen das Potenzial ihrer Mitarbeitenden, was auch im jährlichen MAG thematisiert wird (Erkennung Entwicklungspotential mit entsprechenden Fördermassnahmen).
	7. Ein Wissensmanagement wird eingeführt, um individuelles und kollektives Wissen allgemein zugänglich zu halten und Verluste bei Abgängen zu vermeiden.	Bis heute wurde diesbezüglich noch nichts erarbeitet. Ausnahme: Online Helpdesk für IT-Support. Im Hintergrund dieser Applikation steht eine Wissensdatenbank über die vorgängigen IT-Probleme und deren Lösungen zur Verfügung. Seit Januar 2011 steht diese Datenbank allen IT-Usern zur Verfügung.

<p>In der Gemeindeverwaltung ist ein ganzheitliches Verwaltungscontrolling (Finanzen / Leistung / Personal) eingeführt und etabliert. Es werden aussagekräftige Steuerungsinstrumente zur Entscheidungsfindung angewandt.</p>	<p>8. Es wird ein zentrales, umfassendes Personal- und Informationssystem eingeführt.</p>	<p>Seit Frühling 2012 ist die Grundversion von Abacus HR in Betrieb. Die Stellen sind alle abgebildet und mit den entsprechenden Mitarbeitenden verbunden. Das Schwergewicht der bisherigen Tätigkeiten lag in der Budgetierung, der Definition der zukünftigen Prozesse innerhalb der Personaladministration sowie dem Reporting. Aufgrund des bevorstehenden Releases von Abacus im Dezember und daraus resultierenden Änderungen auf der Benutzerseite wurde die erstmalige Budgetierung mit dem neuen System auf 2013 verschoben. Nach einer Einführungszeit des neuen Personalleiters wurden Anfang September die Soll-Prozesse definiert und daraus resultierende Tätigkeiten für das «Going-live» per 1.1.2013 priorisiert. Um ein aussagekräftiges Reporting sicherzustellen, wurden seitens der Projektleitung diverse Funktionen im System programmiert, Gegebenheiten kritisch überprüft und wo nötig an die Anforderungen der Gemeindeverwaltung angepasst. Die operativen Tätigkeiten der Personaladministration (ausgenommen Bewerbermanagement) erfolgen per 1.1.13 ausschliesslich mit Abacus HR. Das Bewerbermanagement folgt im 2. Quartal 2013.</p>
	<p>9. Die Wirtschaftlichkeit der Leistungen wird überprüft. Möglichkeiten zum In- und Outsourcing werden nach Bedarf umgesetzt.</p>	<p>Findet laufend statt. Entscheidungen werden situativ vorgenommen.</p>
	<p>10. Die Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Leistungsberichte werden auf den heutigen Bedarf der Anspruchsgruppen gebracht und nach modernsten Kenntnissen überarbeitet.</p>	<p>Beim Einwohnerrat sistiert.</p>

Der Gemeinderat und die Führungskräfte wenden moderne und dynamische Führungsinstrumente an.	11. Die Führungsinstrumente FILO und FOH werden überarbeitet.	Einerseits erfolgte eine erste Überarbeitung mit der Totalrevision der Personalverordnung, die ab 1.1.2011 in Kraft getreten ist. Gleichzeitig wurden die Finanzkompetenzen per 1.1.2011 neu definiert und im Alltag angewendet.
---	---	--

G:\ZEP\Informations&Sekretariatsdienste\Informationsdienste\D Strategiepapier-Gemeinderat\Legislaturziele_2009_bis_2014